



Jugendkommunalwahlprogramm der Linksjugend Leipzig

**Antifaschismus & Gleich-
berechtigung**

**Bürger innenrechte &
Demokratie**

Bildung & Kultur

Umwelt & Verkehr

Arbeit & Soziales

>>> Inhalt

Seite

Vorwort

3

Antifaschismus & Gleichberechtigung

4

Bürger_innenrechte & Demokratie

6

Bildung & Kultur

8

Umwelt & Verkehr

11

Arbeit und Soziales

14

>>> **Vorwort**

Warum ein Jugendkommunalwahlprogramm

Für viele Menschen ist Kommunalpolitik uninteressanter als andere Politikfelder. Das ist schade und schwer nachvollziehbar, denn hier in Leipzig ist die Kommunalpolitik näher an den Menschen als Landes- oder Bundespolitik. Viele Themen die sonst als weit entfernt erscheinen, können und wollen wir auch hier vor Ort angehen. Mit diesem Jugendwahlprogramm wollen wir unsere Positionen darlegen und begründen. Wir werden unsere politischen Vorstellungen und Ideen außerdem nicht nur nach außen sondern auch in die Partei DIE LINKE hineintragen.

Wer wir sind

Wir sind die Linksjugend Leipzig. Wir begreifen uns als selbstständiger sozialistischer, antifaschistischer, basis-demokratischer und feministischer Jugendverband. Wir wollen aktiv in die gesellschaftlichen Verhältnisse eingreifen und sehen uns als Plattform für antikapitalistische und selbstbestimmte Politik.

Wir betrachten es als absolut notwendig, zur Durchsetzung unserer politischen Ziele die Kooperation mit Bündnispartner_innen wie Gewerkschaften, Schüler_innenvertretungen und anderen zu suchen.

für vielfalt, toleranz und gleichberechtigung >>> entschlossen gegen diskriminierung & nazigewalt

Jeden Tag werden - auch in Leipzig - Menschen diskriminiert: Seien es abfällige Bemerkungen, Chancengleichheit oder sogar körperliche Gewalt. Wie die Form der Diskriminierung sind auch die Motive unterschiedlich. Diskriminierung kann erfolgen mit Bezug auf das Geschlecht, die echte oder vermeintliche Herkunft, die sexuelle Orientierung oder die politische Einstellung. Auch die Akteur_innen der Diskriminierung unterscheiden sich: Staatliche Institutionen können in ihren Strukturen Menschen benachteiligen, aber auch die Gesellschaft kann durch bestimmte Denkmuster und Verhaltensweisen andere ausschließen oder ihnen abwertend begegnen. Die wohl heftigste Form der Diskriminierung, häufig in Form von körperlicher Gewalt, geht von organisierten oder unorganisierten Nazis aus. Diese haben seit 2007 ihre Aktivitäten in Leipzig gesteigert und die Qualität nazistischer Aktivitäten hat einen neuen Höhepunkt erreicht. Das entschlossene Handeln gegen Nazis ist unabdingbar für eine Stadt, in der sich alle Menschen ohne Angst und ohne Diskriminierung bewegen können sollen. Auf der anderen Seite sind wir uns darüber im klaren, dass Nazis nicht unabhängig von gesamtgesellschaftlichen Zuständen existieren. Nazis können vielmehr gezielt an vorhandene Denkmuster und diskriminierende Positionen aus der sogenannten Mitte der Gesellschaft anknüpfen. Ein erfolgreicher Kampf gegen Nazismus bedingt daher zwangsläufig ein Engagement gegen diese Denkmuster und gegen Diskriminierung.

Deshalb fordern wir:

...im Bereich Antifaschismus

- Die konsequente öffentliche Positionierung der Stadt gegen Abwertung und Diskriminierung von Menschen und Solidarisierung mit Opfern nazistischer Gewalt
- Die kontinuierliche Information über Nazivorfälle durch die Stadt. Dabei sollen auch die Daten und Erfahrungswerte von Opferberatungsstellen und zivilgesellschaftlichen Akteur_innen mit einbezogen werden
- Die offensive und argumentative Auseinandersetzung mit Naziforderungen, z.B. mittels öffentlicher Stellungnahmen, und Postwurfsendungen

- Erkennen von Nazis und deren Symbolik wie auch Argumentationstrainings gegen rechte Parolen
- Das Ausreizen sämtlicher rechtlicher Instanzen zur Verhinderung von Nazidemonstrationen sowie den Aufruf zu zivilgesellschaftlichem Protest, falls dies nicht möglich ist.
- Die Entwicklung eines kommunalpolitischen antifaschistischen Konzepts unter Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Akteur_innen
- Eine klare Absage an „akzeptierende“ Jugendsozialarbeit mit Nazis sowohl in städtischen als auch in Jugendclubs in freier Trägerschaft sowie in den Fanprojekten der Sportvereine
- Weiterbildung von Pädagog_innen und Sozialarbeiter_innen in Sachen Naziideologie,
- Die Initiierung, Begleitung und Förderung generationsübergreifender geschichtspolitischer Projekte, bei denen die Aufarbeitung des Nationalsozialismus im Mittelpunkt steht. Ein Engagement gegen Nazis ohne die Verwendung des politischen Kampfbegriffes des Extremismus, mit dem antifaschistisches Handeln zu kriminalisieren versucht wird

...im Bereich Gleichberechtigung

- Aufbau eines zentralen und selbstverwalteten Migrant_innen Hauses in Innenstadtnähe
- Quotierung für leitende Stellen in der Stadtverwaltung und den Behörden
- Überwindung klassischer Rollenbilder, so z.B. durch die Förderung des Girls-Days durch Unternehmen
- Die Unterstützung von Genderprojekten an Schulen
- Die konsequente Umsetzung der Orientierungshilfe der Stadt durch Gleichstellung bei der Auftragsvergabe
- Sicherstellung der Finanzierung der Frauenhäuser
- Die Schaffung eines Informationsprogramms zur Vermeidung von Diskriminierung und Aufklärung über die eigenen Rechte
- Die Verbesserung der Situation von Asylbewerber_innen und der Schaffung von Angeboten und Beschäftigungsmöglichkeiten für diese

für freiheit, selbst- und mitbestimmung >>> gegen staatliche regulierungswut und repression

Freiheit und Selbstbestimmung sind für uns die Voraussetzung für ein Leben, das sich nicht nur auf ein physisches Überleben innerhalb kollektiver Zwänge und Normen reduzieren lässt. Demokratie und Mitbestimmung sind zentrale Grundlagen zur Umsetzung dieser Ziele, da sie die Teilnahme einer/-s jeden an gesellschaftlichen Fragen und Projekten ermöglichen. Demokratie muss dabei möglichst nah an den Menschen sein. Je weiter sich politische Entscheidungsprozesse von den Menschen entfernen, desto undemokratischer sind sie. Wir wollen daher mehr Basisdemokratie, die Vereinfachung von Bürger_innenbegehren und -entscheiden und mehr Befugnisse für die lokalen Beiräte der Stadt.

Wir sind uns auch bewusst, dass zu viel Regulierungswut und staatliche Kontrolle auch in Demokratien letztendlich zur Bedrängnis des Individuums werden und freiheitsfeindlich wirken können. Wir fordern daher die Zurückdrängung staatlicher Kontrolle, wo sie unbefugt in das Leben der einzelnen Menschen eindringt. Diese Forderung entbindet die Politik jedoch nicht von ihrer Verantwortung, für die Bereitstellung einer repressionsfreien Daseinsvorsorge einzustehen.

Die Stadt Leipzig ist leider Vorreiter bei der Überwachung der in ihr lebenden Menschen. Kameras finden sich in Leipzig nicht nur an Bankautomaten oder in Straßenbahnen, sondern an zahlreichen öffentlichen Plätzen. Das Bündnis „Leipziger Kamera“ hat allein in der Innenstadt knapp 700 Kameras dokumentiert. Die Überwachung durch Videokameras ist, unserer Meinung nach, nicht vereinbar mit dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung und ein unzulässiger Eingriff des Staates in die Privatsphäre der Menschen. Das oft genutzte Argument, die permanente und anlassunabhängige Überwachung aller Menschen an ausgewählten öffentlichen Plätzen verhindere Kriminalität, ist zudem nicht mehr als grober Unfug. Kriminalität lässt sich nur durch Prävention, Bildung und Armutsbekämpfung lösen - Überwachung hingegen verdrängt Kriminalität lediglich an andere Orte.

Deshalb fordern wir:

- Senkung der nötigen Unterschriften für ein Bürgerbegehren von 5% auf 2%

- Die Einführung eines wirklichen und bedarfsdeckenden Bürgerhaushaltes
- Die Einführung eines Jugendparlamentes und eines angeschlossenen Jugendhaushalts
- Die Ersetzung der bisherigen Bezirksbeiräte durch Ortschaftsbeiräte mit mehr Befugnissen
- Dass das Leipziger Amtsblatt im Internet veröffentlicht wird
- Die Überarbeitung des elektronischen Rats-Informationssystems (ERIS) mit dem Ziel einer besseren Benutzerfreundlichkeit
- Die Liveübertragung von Stadtratssitzungen auf einer städtische Website
- Rückbau der Videoüberwachung im öffentlichen Raum
- Einführung des Standards, dass persönliche Daten generell nicht weitergegeben werden
- Die Gebührenfreie Nutzung öffentlicher Räume (Fußgängerzonen etc.) für politisch bildende oder kulturelle Angebote (Infostände von gemeinnützigen Organisationen und Vereinen, Aktionskunst, Straßenmusik, etc.) und eine Erhöhung der Gebühren für Werbemaßnahmen
- Die Bevorzugung nicht-kommerzieller Angebote gegenüber kommerziellen Angeboten bei Veranstaltungen im öffentlichem Raum unabhängig vom Anmeldedatum
- Ein klare Positionierung der Stadt gegen Polizeigewalt
- Abschaffung des Bürgerdienstes LE

für freie bildung, kultur und junge mündigkeit >>> gegen autoritäre erziehungssysteme und bevormundung

Bildung ist für uns mehr als stumm und still in viel zu großer Klassenstärke, in einem grauen Raum zu sitzen, noch dazu in einer Schule, die viel zu weit weg von dem Wohnort liegt. Nein: wir wollen Schulen zu Zentren umwandeln - Zentren für junge Menschen, in denen sie die Möglichkeit haben, sich zu selbstdenkenden, kritischen und solidarischen Wesen zu entwickeln. In der Realität bilden die Schüler_innen in den Schulen zwar die Mehrheit, die Möglichkeiten mitzubestimmen, was mit und in der Schule passiert, sind allerdings stark eingeschränkt. Ein Zustand, der leider gesamtgesellschaftlich bestimmend ist. Anstatt Kinder und Jugendliche zu fragen, wie der zukünftige Spielplatz aussehen soll, entscheiden das die „Erwachsenen“. „Jugend“ gilt gemeinhin als homogene, laute und vor allem störende Masse. Skateboard fahren in der Leipziger Innenstadt wird in diesem Sinne schnell mal zur systemfeindlichen Aktivität oder zum die „deutsche Ruhe und Ordnung störenden“ Akt. Dass die Oper in Leipzig fast 50 Millionen Euro im Jahr kostet, und für die so genannte freie Szene, zu denen z.B. das Conne Island oder die VILLA gehören, nicht mehr als 5% des Kulturetats da sind (wobei der entsprechende Etat der „freien“ derzeit bei nicht mal 3 % liegt und erst im Laufe der nächsten Jahre auf 5% erhöht werden soll), finden wir inakzeptabel! Dabei gibt es eine Menge freie Kulturschaffende, die noch schlechter gestellt sind, als die organisierte „Freie Szene“. Party-Crews, die im Sommer nicht-kommerzielle, selbstorganisierte Outdoor-Partys veranstalten, werden regelmäßig von der Polizei behindert.

Deshalb fordern wir:

...im Bereich Kita

- kostenlose, wohnortnahe und allen zustehende Kindergarten- und Krippenplätze
- keine Benachteiligung von Migrant_innen und sozial oder körperlich benachteiligten Kindern
- Betreuungsschlüssel deutlich unter den bisherigen von 12 Kindern senken, d.h. mehr Erzieher_innen und kleinere Kindergruppen, um individuelle Betreuung zu gewährleisten

- bezahlte - aber nicht die regulären Beschäftigungsverhältnisse ersetzende - ergänzende Praktika an Kindertagesstätten
- die Einstellungen von mehr Erzieher_innen, um längere Öffnungszeiten zu ermöglichen
- kostenloses Mittagessen in diesen Einrichtungen
- das Gehalt von Erzieher_innen an das von Lehrer_innen angleichen
- staatliche Kindertagesstätten sollen phantasievolle, innovative inhaltliche Konzepte von Kitas in freier Trägerschaft übernehmen, als langfristige Perspektive sehen wir Kitas ausschließlich in staatlicher Trägerschaft
- Bedingung für die staatliche Förderung von Kitas ist der kostenlose Zugang zu diesen

...im Bereich Schule

- mehr Schulen, kleinere Klassenteiler
- moderne und sanierte Schulen (barrierefrei)
- neue und aktuelle kostenlose Lehrmaterialien
- kostenlosen staatlichen Nachhilfe- und Musikunterricht
- kostenlose Nachmittagsangebote
- kostenloses vollwertiges Mittagessen
- kostenloses Schüler_innenticket
- Förderung und zur Verfügung stellen von: Schüler_innenzeitungen, Schüler_innencafé, Schulclubs, Bandproberäume, Schüler_innenradio
- freier Zugang in die Schule auch außerhalb des Unterrichts
- kostenloses Breitbandinternet an den Schulen dass allen Schüler_innen zur Verfügung steht auch für außerschulische Sachen

- Klassensprecher_innen und Schüler_innenvollversammlungen zu belangen der Leipziger Schüler_innen (neben den staatlich vorgeschriebene Gremien wie Stadtschüler_innenrat)
- mindestens ein Computer mit Breitbandinternet je Klassenraum
- Laptop Klassensätze
- die Förderung von neuen Medien
- keine Videoüberwachung an Schulen

...im Bereich Kultur:

- Kinder und Jugendangebote in den städtischen Kultureinrichtungen
- die Ermöglichung von kulturellen und medialen Kinder- und Jugendproduktionen
- kostenloser Zugang zu allen städtischen Einrichtungen für Kinder und Jugendliche
- Förderung der freien Kultur mindestens 5%
- selbstverwaltete Jugendzentren
- freie und repressionsfreie Räume für Kinder und Jugendliche
- öffentliche Flächen zur Verfügung stellen
- Skateboarden outdoor überall erlauben
- kontrollfreie Räume für selbstorganisierte, nicht-kommerzielle Partys schaffen
- Kinderprojekte fördern

think global - act local >>> für eine moderne, mobile und grüne stadt

Wer meint, Umweltschutz sei nicht so wichtig und würde Arbeitsplätze kosten, der denkt nicht nur sehr kurzfristig und egoistisch, sondern auch ökonomisch unvorteilhaft. Klimaschutz ist auch aktive Sozialpolitik - denn vor den unangenehmen Folgen von schlechtem Energiemanagement, Klimawandel und Umweltzerstörung können sich nur Besserverdienende schützen. Allein die Tatsache, dass in absehbarer Zeit Peak Oil erreicht werden wird, also die größte anzunehmende Fördermenge des schmutzigen Goldes, sollte alle Menschen aufschrecken und sie nach Alternativen suchen lassen. Die Menschheit ist sich mittlerweile bewusst, was sie mit ihrem ineffizienten Handeln anrichten kann. Doch große Änderungen sind bisher nicht eingetreten. Noch immer befindet sich Sachsen pro Kopf mit seiner Braunkohleverstromung unter den ersten Plätzen der Treibhausgasemittenten. Hier bei uns entsteht der Klimawandel, nicht nur in den USA oder in China. Deshalb muss auch in Leipzig gehandelt werden, damit die prognostizierten Schreckensszenarien (Meeresspiegelerhöhung, Wetterextreme, Artensterben, Ausbreitung von Krankheiten, Temperaturanstieg, ...) nicht bzw. nur in gemäßigter Form eintreten. Schon jetzt schreitet die Erwärmung in Deutschland schneller voran, als es Modellsituationen erwarten ließen. Deshalb gibt es einen akuten Handlungsbedarf. Leipzig muss eine ökologisch nachhaltige Stadt werden!

Die Infrastruktur spielt dabei eine entscheidende Rolle. Der Verkehr ist ein Hauptverantwortlicher für Feinstaub, erzeugt viel Lärm und produziert Unmengen Kohlenstoffdioxid. Deshalb ist es wichtig, dass die Leipziger_innen zukünftig ohne größere Umweltbelastungen durch die Stadt reisen können. Das heißt vermehrt mit Bus und Bahn oder dem Fahrrad fahren, und das mit schnellen, günstigen und komfortablen Verbindungen. Verursacher von schädlichen Emissionen müssen endlich zurückgedrängt werden.

Deshalb fordern wir:

...im Bereich der Maßnahmen für eine ökologische Verkehrsführung:

- absolute Bevorzugung von Bussen und Bahnen an Ampeln (abgesehen vom Innenstadtbereich), damit diese schneller und damit konkurrenzfähig zum Auto durch die Stadt fahren können
- alle Leipziger_innen sollen sich unabhängig von der Nutzung an der Finanzierung des ÖPNV beteiligen, da wir alle von ruhigerem Verkehr und geringeren Emissionen profitieren
- dass sich die Stadt Leipzig für Wochen-/Monatskarten einsetzt, die unabhängig vom Verkaufstag ihre jeweilige Gültigkeitsdauer haben
- die Erweiterung des Angebots von Dauerfahrkarten (z. B. 2/3- Wochen Tickets)
- dass sich die Stadt Leipzig langfristig für einen kostenlosen ÖPNV (finanziert von allen Leipziger_innen) einsetzt und mittelfristig die Preise um mindestens die Hälfte gesenkt werden, da wir alle vom ruhigeren Verkehr und Emissionen profitieren
- der Kinderfahrpreis bis 16 Jahre gilt
- die Abschaffung der Bearbeitungsgebühr im Falle eines späteren Vorzeigens des Fahrausweises
- der Verzicht auf Strom von Braunkohle und Atomenergie bei dem Betrieb der Straßenbahnen und Verwaltungsgebäuden der LVB. Nur dann ist der ÖPNV wirklich umweltfreundlich
- kostenlose Mitnahme von Fahrrädern und Hunden
- massiver Ausbau der Radfahrstraßen
- Abschaffung des Fahrradfahrverbots in der Innenstadt
- mehr Stellplätze für Fahrräder im Stadtgebiet
- verstärkte Überprüfung und Ahndung von Parkverstößen auf Radstreifen
- Einführung einer Umweltzone im Innenstadtbereich wenn die Preise des öffentlichen Personennahverkehrs gesenkt wurden
- Parkplätze vor Wohnhäusern sollten vornehmlich den Anwohner_innen zu Verfügung stehen
- Parken sollte in der Innenstadt nur in Parkhäusern und Tiefgaragen möglich sein
- städtische Betriebe sollen verstärkt auf Produkte der Region zurückgreifen um kurze Transportwege zu gewährleisten

...im Bereich Natur, Stadtbild & Verschmutzung:

- mehr öffentliche Mülleimer mit Mülltrennung
- Pflanzung von mehr Straßenbäumen und dabei eine Bevorzugung von Pflanzen des hiesigen Ökosystems
- Stärkere Überprüfung von Naturschutzanforderungen bei der Vergabe von Baugenehmigungen

...im Bereich Energie:

- Steigerung des Anteils erneuerbarer Energien der Stadtwerke
- mehr Flächen für Bürgersolarkraftwerke zur Verfügung stellen
- eine ausschließliche Verwendung von Energiesparlampen bei städtischen Einrichtungen und Betrieben, sowie die Erneuerung von energieintensiven Geräten
- ein Verbot von Heizpilzen

für eine soziale kommunale beschäftigungspolitik >>> gegen armut & ausgrenzung

Zu einer guten Kommunalpolitik gehört unserer Meinung nach eine Stadt, die auch Sorge dafür trägt, dass diejenigen, die fast nichts haben, trotzdem ein gutes und menschenwürdiges Leben führen können. Sozialpolitik ist zudem nicht nur ein Politikfeld unter vielen, sondern auch eine Querschnittsaufgabe zwischen verschiedenen Themenbereichen. Alle Politikfelder, egal ob Umwelt-, Kultur-, Demokratie- und Bildungspolitik, müssen auch soziale Aspekte berücksichtigen. Es muss verhindert werden, dass Menschen aus dem Stadtleben ausgeschlossen und in die eigenen Wohnungen verbannt werden, weil sie es sich nicht leisten können, ins Theater zu gehen oder aber als Schmarotzer denunziert werden, weil sie eine Arbeit zu menschenunwürdigem Lohn ablehnen. Wir stehen als Jugendverband hinter der Forderung nach gutem Lohn. Die Stadt Leipzig kann und muss auch darauf achten, dass die ihr eigenen Betriebe oder solche, bei denen sie große Anteilseignerin oder Auftragsgeberin ist, solche Löhne zahlen. Die Beschäftigung in prekären Arbeitsverhältnissen und 1-Euro Jobs darf die Stadt keinen Vorschub leisten.

In Leipzig wird sachsenweit bei Zuschüssen für Heizkosten im Rahmen der Kosten der Unterkunft der niedrigste Richtwert angesetzt. Das ist nicht hinnehmbar! Die Stadt hat die Aufgabe, Armut und die Ausgrenzung der von Armut betroffenen zu verhindern.

Deshalb fordern wir:

...im Bereich Arbeit

- keine 1-Euro Jobs in kommunalen Betrieben oder Betrieben, deren Lohnpolitik die Stadt anderweitig aktiv mitbestimmen kann
- einen Ausbau des Kombilohnmodells für öffentlich finanzierten Stellen und eine ausreichende Finanzierung für gemeinnützige Vereine durch die Stadt

...im Bereich Soziales

- keine Zwangsumzüge von ALG II Bezieher_innen
- Erhöhung der Unterkunfts- und Heizungskostenzuschüsse für Bezieher_innen von ALG II
- die Aufforderung der Stadt Leipzig an die LWB, in allen Stadtteilen bezahlbare Wohnplätze für sozial Benachteiligte zur Verfügung zu stellen
- auf dem Weg zu einem kostenlosen ÖPNV sind die ersten Schritte ein Sozialticket und ein kostenloses Schüler_innenticket
- Ein bis Drei Euro Ticketkontingente für sozial benachteiligte Bürger_innen in städtischen Kultureinrichtungen und Museen und Zoos
- kostenloses, vollwertiges Mittagessen für jede/-n Schüler_in
- kostenlose Sozialberatung durch kompetente Vereine, die von der Stadt eine Förderung bekommen
- kostenlose Volkshochschulkurse für sozial Benachteiligte Menschen



> > > > > > > >

